



**SPD Landesverband Berlin
Kreis Pankow**

Wahlperiode 2018 bis 2020

3. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)

23. Februar 2019

Beschlussbuch

ANT 042/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/09 Blankenburg-Heinersdorf

14.12.2018

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Kommunale Strukturen schaffen und stärken -
Vorbereitung für die älter werdende Gesellschaft treffen Antrag 1**

1 **Planung zur Bewältigung des demographischen Wandels**

2

3 Um eine flächendeckende Versorgung zu erreichen, wird in der Zuständigkeit der jeweiligen
4 Bezirke mit personeller und finanzieller Unterstützung des Landes eine Planung zur Bewältigung
5 des demographischen Wandels durchgeführt, die:

6

7 ● die demographischen Entwicklungen der Altersgruppen bis 2035 erfasst und die Anzahl
8 der Pflegebedürftigen bis 2035 hochrechnet,

9 ● die bereits vorhandenen infrastrukturellen Einrichtungen, wie stationäre und ambulante
10 Pflege, betreutes Wohnen, altersgerechte Wohnungen, Nachbarschafts-, Kiezeinrichtungen und
11 Mehrgenerationenhäuser sowie öffentliche und private Initiativen erfasst,

12 ● den notwendigen Personalbedarf der Pflege ambulant, stationär und beratend errechnet.

13

14 Diese Erhebungen münden in die Erstellung einer regionalisierten Planung, die Prozesse und
15 Maßnahmen festschreibt, um die Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft sozial
16 verträglich und angemessen zu begleiten und eine gute und menschenwürdige Versorgung alter
17 und kranker, insbesondere auch dementiell erkrankter Menschen trotz zunehmendem
18 Pflegenotstand zu sichern.

19

20 Die Planung muss regelmäßig, mindestens alle 5 Jahre, fortgeschrieben werden.

21

Begründung:

Der demographische Wandel ist weder aufzuhalten noch weg zu diskutieren. Viel zu lange haben politische Akteur*innen die Augen davor verschlossen. Gibt es in anderen Bundesländern schon Planungen, wie hier skizziert, ist das Land Berlin noch weit davon entfernt. Die Zeit zur Vorbereitung und Realisierung ist aber endlich und bald verschlafen. Denn nachbarschaftliche Strukturen entstehen nicht auf Kommando, sondern müssen initiiert und begleitet werden und brauchen viele Jahre Zeit um wachsen und sich stabilisieren zu können.

Der Anteil der stationär Pflegebedürftigen im Land Berlin wird lt. den Berechnungen des Berliner Bündnis für Altenpflege von 28.990 im Jahr 2016 auf 42.719 Menschen im Jahr 2030 steigen. Das ist ein Plus von 13.729 Pflegebedürftigen nur stationär. Um die Brisanz zu verdeutlichen: Um diese Steigerung abzudecken, werden allein in der stationären Altenpflege rechnerisch 13.000 Pflegekräfte mehr benötigt, das sind 60 % mehr als heute. Der Anteil der Menschen, die der ambulanten Pflege bedürfen, liegt noch weit höher und wird sich entsprechend ebenfalls enorm steigern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die „Baby-Boomerjahrgänge“ derzeit noch weitgehend berufstätig oder in einer frühen Rentenphase sind. Der stärkste Geburtsjahrgang war 1964 und ist heute 55 Jahre alt. Die Anzahl der Pflegebedürftigen in diesem Jahrgang ist also verstärkt ab 2038 zu erwarten und ist in den o.g. Daten noch gar nicht erfasst.

Derzeit gibt es keine Idee, wie dieser schon 2030 hohe und über viele Jahre weiter ansteigende Bedarf an Pflegekräften vor dem Hintergrund des allgemeinen Arbeits- und Fachkräftemangel in allen Bereichen bereit gestellt werden soll.

Es bedarf eines zielgerichteten und planvollen Vorbereitungsprozesses, der bereits erprobte Modelle und kreative neue Ideen aufnimmt. Dies können neue Wohnformen und Wohnarten sein und eben auch Modelle wie „demenzfreundliche Kommune“ oder die Schaffung nachbarschaftlicher Strukturen. Beispiele gibt es bereits genügend in Deutschland. Eine bezirksregionenbasierte Planung in Berlin muss klären, welche Elemente in welcher Region implementiert werden müssen. Die Entwicklung intelligenter Techniken ist ein weiterer Baustein. Die jetzt bestehenden relativ starren Säulen „stationär“ und „ambulant“ bedürfen einer Neuausrichtung. Nur durch ein Puzzle aus vielen Bausteinen ist die enorme Herausforderung der Veränderung der Altersstruktur ohne soziale Verwerfungen und mit realistischen Mitteleinsätzen finanzieller Art zu bewältigen. Dieser Planungsprozess muss jetzt begonnen werden, denn tragfähige Strukturen aufzubauen braucht Geduld und Zeit.

Es ist nun wirklich schon ein sehr alter Hut, dass Stadtteilzentren und ähnliche Treffpunkte insgesamt für das gesellschaftliche Klima eine wichtige Rolle spielen und eine Vielzahl von Ideen und Aktivitäten bündeln können. In der sogenannten „Flüchtlingskrise“ haben sie ihre Leistungsfähigkeit bewiesen und sehr deutlich gezeigt, dass sie viele dieser Herausforderungen tatsächlich bewältigen oder zumindest deren Bewältigung initiieren können. Sie haben bewiesen, dass sie kreativ und flexibel auf Bedarfe reagieren und ein Kristallisationspunkt für bürgerschaftliches Engagement bedeuten.

ANT 042/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/09 Blankenburg-Heinersdorf

14.12.2018

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Kommunale Strukturen schaffen und stärken -
Vorbereitung für die älter werdende Gesellschaft treffen Antrag 2**

1 Einrichtung eines Kieztreffs/ Stadtteilzentren/ Bürgerläden

2 Kernstück dieser Planung ist die Einrichtung mindestens eines landesgeförderten Kieztreffs /
3 Stadtteilzentrums / Bürgerladens in jeder BR. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die BR in
4 Einwohner*innenzahl und Fläche sehr unterschiedlich sind. Vor allem letzteres ist mit sehr
5 weiten Wegen verbunden und für ältere Menschen oft ein unüberwindbares Hindernis. Jedes
6 Zentrum muss mindestens einen Gruppenraum, einen Versammlungsraum und ein Büro
7 enthalten und wird mit einer festen Personalstelle ausgestattet. Miet- und Gebäudekosten sowie
8 Sachmittel sind auskömmlich zu finanzieren. Die Treffpunkte können in öffentlicher oder freier
9 Trägerschaft eingerichtet werden.

10
11 In allen Neubaugebieten sind solche Stadtteilzentren bereits im Bebauungsplan verpflichtend an
12 zentraler Stelle vorzusehen und bei der Umsetzung auch zu realisieren.

13
14 Nachbarschaftliche Strukturen sind ein existentiell notwendiger Bestandteil in der älter
15 werdenden Gesellschaft neben stationärer, teilstationärer und ambulanten Pflege. Sie haben die
16 Aufgabe,

- 17
18 ● ehrenamtliches Engagement zu initiieren und zu unterstützen und so der Vereinsamung
19 entgegenzuwirken,
20 ● nachbarschaftliches Miteinander und gegenseitige Hilfe innerhalb und zwischen den
21 Generationen zu fördern und so zum aktiven Leben und der Teilhabe älterer Menschen
22 beizutragen,
23 ● dadurch auch das Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit zu verlängern,
24 ● das Verständnis und den Umgang mit dementiell erkrankten älteren Menschen in alle
25 Bereiche der Kommune zu tragen,
26 ● aber auch ausreichend professionelle Unterstützung für pflegende Angehörige vor zu
27 halten und sie zu entlasten, dazu bedarf es der engen Verzahnung mit den Pflegekassen
28 und entsprechenden Beratungsstellen (bspw. Pflegestützpunkte).

29

30 Ohnehin sind Kieztreffs, Mehrgenerationenhäuser und Stadtteilzentren für jeden Kiez ein
31 wichtiger Bestandteil um das Zusammenleben zu organisieren und Partizipation nicht nur für
32 Senior*innen sondern für alle Altersgruppen zu ermöglichen.
33
34 Weitere Aufgaben sind zum Beispiel die Vernetzung der in der BR vorhandenen Akteure, die
35 Koordinierung von Aktivitäten und Aktionen im Stadtteil, die Entwicklung und Unterstützung
36 verschiedener Formen der Bürgerbeteiligung und die Information der Einwohnerschaft über
37 relevante Vorhaben des Landes/Bezirks in der Bezirksregion.

Begründung:

Der demographische Wandel ist weder aufzuhalten noch weg zu diskutieren. Viel zu lange haben politische Akteur*innen die Augen davor verschlossen. Gibt es in anderen Bundesländern schon Planungen, wie hier skizziert, ist das Land Berlin noch weit davon entfernt. Die Zeit zur Vorbereitung und Realisierung ist aber endlich und bald verschlafen. Denn nachbarschaftliche Strukturen entstehen nicht auf Kommando, sondern müssen initiiert und begleitet werden und brauchen viele Jahre Zeit um wachsen und sich stabilisieren zu können.

Der Anteil der stationär Pflegebedürftigen im Land Berlin wird lt. den Berechnungen des Berliner Bündnis für Altenpflege von 28.990 im Jahr 2016 auf 42.719 Menschen im Jahr 2030 steigen. Das ist ein Plus von 13.729 Pflegebedürftigen nur stationär. Um die Brisanz zu verdeutlichen: Um diese Steigerung abzudecken, werden allein in der stationären Altenpflege rechnerisch 13.000 Pflegekräfte mehr benötigt, das sind 60 % mehr als heute. Der Anteil der Menschen, die der ambulanten Pflege bedürfen, liegt noch weit höher und wird sich entsprechend ebenfalls enorm steigern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die „Baby-Boomerjahrgänge“ derzeit noch weitgehend berufstätig oder in einer frühen Rentenphase sind. Der stärkste Geburtsjahrgang war 1964 und ist heute 55 Jahre alt. Die Anzahl der Pflegebedürftigen in diesem Jahrgang ist also verstärkt ab 2038 zu erwarten und ist in den o.g. Daten noch gar nicht erfasst.

Derzeit gibt es keine Idee, wie dieser schon 2030 hohe und über viele Jahre weiter ansteigende Bedarf an Pflegekräften vor dem Hintergrund des allgemeinen Arbeits- und Fachkräftemangel in allen Bereichen bereit gestellt werden soll.

Es bedarf eines zielgerichteten und planvollen Vorbereitungsprozesses, der bereits erprobte Modelle und kreative neue Ideen aufnimmt. Dies können neue Wohnformen und Wohnarten sein und eben auch Modelle wie „demenzfreundliche Kommune“ oder die Schaffung nachbarschaftlicher Strukturen. Beispiele gibt es bereits genügend in Deutschland. Eine bezirksregionenbasierte Planung in Berlin muss klären, welche Elemente in welcher Region implementiert werden müssen. Die Entwicklung intelligenter Techniken ist ein weiterer Baustein. Die jetzt bestehenden relativ starren Säulen „stationär“ und „ambulant“ bedürfen einer Neuausrichtung. Nur durch ein Puzzle aus vielen Bausteinen ist die enorme Herausforderung der Veränderung der Altersstruktur ohne soziale Verwerfungen und mit realistischen Mitteleinsätzen finanzieller Art zu bewältigen. Dieser Planungsprozess muss jetzt begonnen werden, denn tragfähige Strukturen aufzubauen braucht Geduld und Zeit.

Es ist nun wirklich schon ein sehr alter Hut, dass Stadtteilzentren und ähnliche Treffpunkte insgesamt für das gesellschaftliche Klima eine wichtige Rolle spielen und eine Vielzahl von Ideen und Aktivitäten bündeln können. In der sogenannten „Flüchtlingskrise“ haben sie ihre Leistungsfähigkeit bewiesen und sehr deutlich gezeigt, dass sie viele dieser

Herausforderungen tatsächlich bewältigen oder zumindest deren Bewältigung initiieren können. Sie haben bewiesen, dass sie kreativ und flexibel auf Bedarfe reagieren und ein Kristallisationspunkt für bürgerschaftliches Engagement bedeuten.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 23.02. 2019

WP 2018 bis 2020

ANT 043/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/09 Blankenburg-Heinersdorf

14.12.2018

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Rote Busse für den Kiez

- 1 In Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses 01/II/2018 „Für eine starke SPD in
- 2 Berlin: SPD organisatorisch erneuern“ fordern wir den Landesvorstand der Berliner SPD
- 3 dazu auf, die Präsenz in der Fläche dadurch zu sichern, dass insbesondere die
- 4 Abteilungen, in denen die SPD bei den vergangenen Wahlen zuletzt hohe Verluste
- 5 verzeichnen musste und die aufgrund ihres geografischen Zuschnitts und / oder ihrer
- 6 Mitgliederstruktur nicht in der Lage sind, eine regelmäßige Präsenz vor Ort sicherstellen
- 7 zu können, durch die Bereitstellung der im Wahlkampf bewährten „Roten Busse“
- 8 unterstützt werden.

- 9 Diese sollen zum Beispiel die Durchführung monatlicher Sprechstunden ermöglichen
- 10 und den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern verstärken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

ANT 044/03

Antrag Nr.

Kreisvorstand (formal für Arbeitskreis Rechtsextremismus)

07.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum:

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Thesen zur Ausrichtung der SPD

1 **Vorbemerkung**

2

3 Mit dem historisch schlechten Bundestagswahlergebnis der SPD vom 24.09.2017 wurde
4 überdeutlich, dass es einer grundlegenden Neuausrichtung der Partei auf allen Ebenen bedarf.
5 Die Debatte wird auch innerhalb der SPD Pankow geführt. Unser Kreisvorsitzender Knut
6 Lambertin brachte am 30.07.2018 ein Thesenpapier mit dem Titel "SPD weiter neu aufstellen -
7 Verankerung im Bezirk vertiefen: Herausforderungen für den Kreis Pankow" in die Diskussion
8 ein. Der Arbeitskreis Rechtsextremismus der SPD Pankow bringt sich mit den folgenden Thesen
9 zur strategischen Ausrichtung der SPD ebenfalls aktiv in den Prozess der Neuaufstellung
10 ein/knüpft daran an. Wir sind überzeugt davon, dass die massiv erstarkende Neue Rechte mit
11 ihrem parteipolitischen Arm, der AfD, eine ernsthafte Bedrohung für unsere liberale Demokratie
12 und unsere Republik darstellt. Deshalb haben wir, der Arbeitskreis Rechtsextremismus uns über
13 Monate mit der Frage befasst, welchen Beitrag die SPD leisten kann, um diese Gefahr zu
14 bannen.

15

16 **1. Wir sind keine Staatspartei**

17

18 Die SPD ist keine Staatspartei. Nur eine eigenständige SPD kann glaubwürdige
19 Reformangebote machen. Um glaubwürdig und kritikfähig zu sein, müssen wir Unabhängigkeit
20 zurückerlangen. Das bedeutet, dass wir auch im korporatistischen Staat eine gesunde Distanz
21 insbesondere zu Industrie und zum Staat an sich halten müssen. Derzeit ist die SPD eine
22 krampfhaft Stütze der Regierung. Ihr haftet der Ruch der Abhängigkeit von öffentlichen
23 Mandaten und Ämtern an. Regierungsbeteiligung scheint angesichts einer Politik der kleinsten
24 Schritte zum Selbstzweck verkommen. Eine solche Politik kann aber nicht die Antwort auf
25 fundamentale soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen sein. Angesichts
26 dieser Herausforderungen sind kleinste Schritte schlicht zu klein.

27

28 **2. „Gutes Regieren“ als Konzept reicht allein nicht aus**

29

30 „Gutes Regieren“ als Konzept reicht allein nicht aus. Es wird aber seit Jahren dazu genutzt, das
31 Fehlen einer sozialdemokratischen Strategie – die Grundlage sowohl für erfolgreiche

32 Oppositions- als auch Regierungspolitik sein könnte – notdürftig zu verstecken. Die SPD folgt
33 heute weitestgehend einer Verwaltungslogik. Damit schadet sie nicht nur sich selbst, sondern
34 letztlich unserer Gesellschaft und unserer Demokratie.

35

36 **3. Eine Strategie muss erarbeitet werden und setzt politische Ziele voraus**

37

38 Die Politik der kleinen Schritte führt zu einem großen Missverständnis. Selbst unsere Erfolge
39 werden in der Bevölkerung, aufgrund einer fehlenden Erzählung, nicht als solche
40 wahrgenommen. Folglich verlieren wir die Leute an der Wahlurne. Die Sozialdemokratie muss
41 große Fragen stellen und gesellschaftliche Ziele formulieren. Diese Ziele und eine Strategie
42 müssen erarbeitet werden. Im derzeitigen Erneuerungsprozess ist nicht erkennbar, dass gezielt
43 an einer sozialdemokratischen Strategie gearbeitet würde. Eine Strategie ist kein Nebenprodukt
44 von parteiöffentlich geführten Programmdebatten(-camps). Die Programmatik der SPD muss
45 von einer Strategie abgeleitet werden, sie ersetzt sie nicht. Es ist die Aufgabe der Parteigremien
46 einschließlich des Parteivorstandes, eine solche Strategie zu erarbeiten. Die Strategiebildung
47 setzt voraus, dass sich die Partei über ihre politischen Ziele - eine "Vision" jenseits von
48 kleinteiligen „Regierungsprogrammen“ - einigt. Der Parteivorstand muss diesen Prozess leiten
49 und moderieren.

50

51 **4. Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und Mut zur Klientelpolitik**

52

53 Die SPD übernimmt Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und ist von ihren Mitgliedern
54 getragene Volkspartei. Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu übernehmen, bedeutet
55 die Zielgruppenfrage – d.h. die Frage nach der eigenen Kernklientel („Für wen macht die SPD
56 Politik?“) klar zu beantworten: Selbstverständlich machen wir Sozialdemokrat*innen
57 Klientelpolitik. Und zwar in erster Linie für Arbeitnehmer*innen, Arbeitslos, Selbstständige, die
58 Nicht-Privilegierten in unserer Gesellschaft und weltweit.

59

60 **5. Schluss mit moralisierender Arroganz: gesellschaftliche Realitäten anerkennen**

61

62 Auch wir selbst müssen wieder dialogfähiger werden. Voraussetzung dafür ist auch,
63 gesellschaftliche Realitäten anzuerkennen. Wir müssen uns klar machen, dass unsere eigene
64 Sicht der Dinge nur eine mögliche Perspektive auf unsere gemeinsamen gesellschaftlichen
65 Realitäten ist. Es gibt viele Menschen in unserer Gesellschaft, die die Folgen der Globalisierung
66 und des entfesselten Kapitalismus als existenzielle Bedrohung erleben und nicht auf der
67 „Gewinner-Seite“ im neoliberalen Wettbewerb stehen. Wir müssen sie ernstnehmen und dürfen
68 sie nicht abqualifizieren. Um unsere liberale Gesellschaft erhalten zu können, müssen wir unter
69 dem Banner von „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ ein breites gesellschaftliches Bündnis
70 schmieden, das den Kampf für die Rechte aller, gegen Diskriminierung und für soziale,
71 wirtschaftliche und politische Gleichheit vereint. Dazu muss die SPD eine glaubwürdige und
72 inklusive Erzählung entwickeln, die entlang bestehender Verteilungskämpfe anstelle von bloßer
73 Moral argumentiert. Gleichzeitig gilt: Als Antifaschist*innen stellen wir uns Nazis öffentlich und
74 mit aller Macht entgegen.

75

76

77 **6. Sozialdemokratie erschöpft sich nicht im Zeigen von „Haltung“**

78

79 Unsere Haltung gegenüber denjenigen, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer
80 Gesellschaft die Grundlage entziehen wollen, ist klar: Sie sind unsere Gegner. Wir dürfen uns
81 aber nicht darauf beschränken, unsere „Haltung“ gegenüber Rechten – die eigentlich eine
82 Selbstverständlichkeit ist – vor uns herzutragen und uns gegenseitig dafür zu beglückwünschen.
83 Es ist unsere Pflicht, uns nicht lediglich in einen geschützten und bequemen Raum
84 abzugrenzen, sondern die Grundlagen von Enttäuschung, Wut, Hass und Fremdenfeindlichkeit
85 offen und ehrlich zu thematisieren und sozialdemokratische Lösungen zu formulieren.

86

87 **7. Die liberale Gesellschaft schützen: sozio-ökonomische Fragen stärker in den**
88 **Mittelpunkt stellen**

89

90 Häufig wird ein Gegensatz zwischen liberaler Gesellschaftspolitik und einer materialistisch
91 orientierten Verteilungspolitik eröffnet. Das ist unnötig und kontraproduktiv. Denn liberale
92 Gesellschaftspolitik und das Stellen „harter“ ökonomischer und sozialer Verteilungsfragen
93 schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern gehören zusammen. Wir müssen uns aber klar
94 machen, dass das Vernachlässigen solcher Verteilungsfragen liberaler Gesellschaftspolitik – die
95 ein wesentlicher Teil sozialdemokratischer Politik ist – die Akzeptanzgrundlage zunehmend
96 entzieht. Die Flüchtlings- und Integrationspolitik zeigt deutlich, dass liberale Gesellschaftspolitik,
97 ökonomische und soziale Verteilungsfragen aufs engste miteinander verknüpft sind. Wir dürfen
98 weder so tun, als ob dies nicht der Fall wäre, noch dürfen wir uns dazu verleiten lassen,
99 gesellschaftspolitisch „nach rechts“ zu rücken. Das würde unserer Gesellschaft schaden und
100 wäre ein Erfolg der neuen Rechten. Aber wir müssen sozial- und wirtschaftspolitisch deutlich
101 erkennbar „nach links“ rücken, gerade um unsere liberale Gesellschaft zu schützen.

102

103 **8. Sozialdemokratischer Auftrag: Sicherheit im Wandel schaffen**

104

105 Zunehmende Globalisierung und Ökonomisierung sowie die Digitalisierung als mit der
106 industriellen Revolution vergleichbarer Strukturwandel setzen uns als Gesellschaftsmitglieder
107 unter Druck. Nicht alle haben gleich gute Möglichkeiten zur Anpassung an den politisch rasant
108 vorangetriebenen Wandel, der uns als Gesellschaft großen Nutzen bringen kann - der aber
109 individuell auf vielen Ebenen auch als Bedrohung wahrgenommen wird und zu Verunsicherung
110 führt. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei als Fortschrittspartei ist es, diesen Wandel zum
111 Wohle aller zu gestalten und den Menschen die Sicherheit zu geben, die sie brauchen um
112 positiv in die Zukunft blicken zu können. Dazu gehört auch, anzuerkennen, dass der
113 Nationalstaat als Sozialstaat für die allermeisten Menschen ein Schutzraum ist, auf den sie
114 existentiell angewiesen sind. So zu tun, als ob es heute kaum noch nationalstaatliche
115 Gestaltungsmöglichkeiten gäbe oder den Nationalstaat als politisches Konstrukt – und damit
116 diejenigen, die auf ihn angewiesen sind – als „von vorgestern“ zu verhöhnen, verstärkt die
117 bestehende Verunsicherung und das Misstrauen gegenüber europäischer Integration und
118 Globalisierung. Das spielt letztlich denjenigen in die Hände, die von einer ethnisch und kulturell
119 homogenen Volksgemeinschaft, Blut und Boden träumen. Nationalstaatlich Grenzen müssen im
120 Gegenteil immer weiter an Bedeutung verlieren und entsprechend mehr politische
121 Gestaltungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene liegen.

122

123 **9. Die Gesellschaft spalten, das tun auch wir**

124

125 Ein hartes Eingeständnis: Die Gesellschaft spalten, das tun auch wir – nicht allein die neue
126 Rechte. Zumindest müssen wir anerkennen, dass die SPD ab Ende der 1990er Jahre mit der

127 Agenda-Politik ganz wesentlich dazu beigetragen hat, das Fundament für die heute bestehende
128 gesellschaftliche Spaltung – sozial, wirtschaftlich und politisch – zu legen. Und nachdem auch
129 SPD-Politiker*innen über Jahre erklärt haben, dass „der Gürtel enger geschnallt“ werden müsse,
130 standen in der Wahrnehmung vieler Menschen 2008 über Nacht Milliarden zur Rettung der
131 Spareinlagen und Banken zur Verfügung. 2015 wurden erneut Milliardenbeträge für die
132 Unterbringung und Integration von Flüchtlingen mobilisiert – das war richtig, ist aber bei vielen
133 Menschen auf tiefes Unverständnis gestoßen. Das allgegenwärtige Sparmantra konnte
134 demzufolge plötzlich doch außer Kraft gesetzt werden – „für die da oben“ und „für die anderen“.
135 In diese europaweit auch von sozialdemokratischen Parteien aufgerissene Lücke stößt heute die
136 neue Rechte. Wir werden die neue Rechte nur dann besiegen und unsere liberale Gesellschaft
137 und unsere Demokratie schützen können, wenn wir die Lücke wieder schließen. Das ist in
138 Koalitionen mit den Konservativen nicht möglich. Es hilft uns dabei auch nicht, uns an den
139 permanenten Provokationen und kalkulierten Grenzübertretungen von rechts abzuarbeiten.
140 Stattdessen müssen wir klären und erklären, mit welchem Ziel und für wen wir Politik machen.
141 Hier schließt sich der Kreis. Wir werden den Kampf gegen rechts nicht gewinnen können, ohne
142 eine eigene Strategie zu entwickeln.
143 Im 30. Jahr des Mauerfalls ist die Teilung Deutschlands zudem immer noch spürbar. Die
144 zentrale Fehannahme der Kohl-Zeit, dass nur der Osten sich ändern müsse, anstatt Respekt
145 aus den Erfahrungen der Ost- und Westdeutschen ein gemeinsames Land zu formen, haben wir
146 auch nicht behoben. Deshalb betrachten wir die Vollendung der deutschen Einheit als
147 bleibenden Auftrag der deutschen Sozialdemokratie.
148

Begründung:

Erfolgt mündlich.

ANT 045/03

Antrag Nr.

Kreisvorstand

07.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum:

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

SPD weiter neu aufstellen - Verankerung der SPD und ihrer Mandatsträger*innen im Bezirk vertiefen

1 Als Sozialdemokrat*innen in Pankow stehen wir nicht nur vor der Herausforderung, die
2 Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen im Bezirk zu verbessern. Wir erkennen
3 auch, dass es schwieriger geworden ist als in der Vergangenheit, für unsere Politik eine
4 breite Resonanz in der Bevölkerung zu erzeugen. Es muss uns gelingen, dass unsere
5 Politik und die positiven Folgen unseres politischen Handelns von den Menschen wieder
6 stärker wahrgenommen werden.

7

8 **Präsenz im Leben der Menschen**

9 Wir müssen unsere Präsenz im Leben der Menschen im Bezirk weiter steigern und uns
10 die Frage stellen, wie gut wir als Sozialdemokrat*innen erkennbar im Bezirk verankert
11 und als Sozialdemokrat*innen in unserem privaten und beruflichen Umfeld bekannt sind.

12

13 **Partei**

14 Viele Genoss*innen arbeiten vor Ort in Vereinen mit, ohne dass sie dort unbedingt als
15 Sozialdemokrat*innen erkennbar wären. Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und die
16 Kreis-SPD bearbeiten häufig ähnliche Themen in ihrem Kiez/im Bezirk wie bestehende
17 Vereine und Initiativen. Chancen sehen wir deshalb in der thematischen Vernetzung mit
18 Vereinen und Initiativen, unseren sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen und „dem
19 Kiez“ bzw. seinen Menschen. Dabei sind sowohl die Kreis-SPD als auch ihre
20 Gliederungen gefordert, diesen Prozess zu gestalten. Der Kreisvorstand berichtet der
21 KDV im zweiten Halbjahr 2019 über getroffene (Unterstützungs-) Maßnahmen im Sinne
22 dieses Antrages.

23 Denkbar sind regelmäßige (Fach-) Veranstaltungen zu Kiez-/Bezirksthemen und
24 Podiumsdiskussionen mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen, z.B. einmal im
25 Quartal. Auf der Kiezebene können sich gemeinsame Tagungen von Abteilungen mit
26 Kiezprojekten anbieten. Regelmäßige Bürgersprechstunden, z.B. als Teil von
27 Abteilungsversammlungen (erste 15 Minuten), können dabei helfen, die Schwelle zur

28 Kontaktaufnahme mit der Partei zu senken. (Vorstands-) Mitglieder von Gliederungen
29 können durch bewusstes Auftreten als SPD-Mitglieder zu einer stärkeren Sichtbarkeit
30 der SPD vor Ort in Initiativen und Vereinen beitragen. Hierbei ist auch über die
31 Erstellung von Visitenkarten in einheitlichem Design innerhalb von Gliederungen
32 nachzudenken.

33 Um Multiplikator*innen im Bezirk besser zu erreichen, wollen wir bestehende
34 Informationen zur direkten Ansprache unter Beachtung des Datenschutzes
35 zusammenführen, regelmäßig aktualisieren und den Gliederungen zur Verfügung
36 stellen. Um die Gliederungen bei größeren Veranstaltungen zu unterstützen, führt die
37 Pankower SPD außerdem den im Jahr 2018 erstmalig aufgelegten Veranstaltungsfonds
38 fort.

39 Wir wollen unsere Präsenz auch durch klassische Instrumente wie Infostände,
40 Verteilaktionen, Kneipentouren und Feste weiter ausbauen und verstetigen. Hierbei
41 kann es sich anbieten, dass Gliederungen für diese Formate einen regelmäßigen
42 Rhythmus finden und diesen auch frühzeitig an ihre Mitglieder sowie ggf. in die
43 Bürger*innengesellschaft kommunizieren. Diese regelmäßigen Aktionen setzen jedoch
44 auch personelle Ressourcen voraus, die bisher noch nicht in jedem Gebiet unseres
45 Kreises gegeben sind, weshalb die Kreisebene hierbei ggf. unterstützend tätig werden
46 muss, z.B. durch den Aufbau eines Teams aktiver Genoss*innen, die bei lokalen
47 Aktionen helfen. Bei Aktionen des AK Rex wurden hiermit z.B. in der Vergangenheit gute
48 Erfahrungen gemacht.

49

50 **Mandatsträger*innen**

51 Eine besondere Rolle kommt unseren Mandatsträger*innen zu. Diese sind bereits heute
52 vielfältig, z.B. über Tür-zu-Tür-Aktionen, Informationsstände, dem persönlichen
53 Vorstellen in Kiezprojekten und Geschäften, dem Abhalten von Veranstaltungen im
54 Rahmen von „Fraktion vor Ort“, dem Empfang von Besucher*innengruppen oder durch
55 Präsenz bei parteiunabhängigen Veranstaltungen, in individuell unterschiedlicher
56 Ausprägung in ihren jeweiligen Wahlkreisen aktiv. Auch über ihre Wahlkreisbüros und
57 Bürger*innensprechstunden sind sie für die Menschen im Bezirk ansprech- und sichtbar.

58 Auch diese i.d.R. gute Präsenz kann weiter ausgebaut werden und unsere
59 Mandatsträger*innen sind insoweit aufgefordert, z.B. durch Abhaltung mehrerer bzw.
60 weiterer größerer Veranstaltungsformate im Jahr, einer noch größeren Präsenz bei
61 parteiunabhängigen Veranstaltungen, der Mitgliedschaft und Vereinen und Verbänden
62 vor Ort und noch mehr projektbezogenen Aktionen auf der Straße und in den Medien, zu
63 einer stärkeren Sichtbarkeit von SPD-Politik im Bezirk beizutragen. Auch die Pläne der
64 Pankower BVV-Fraktion der SPD, über eigene Veranstaltungsreihen und
65 Informationsformate noch weiter als bisher in die Öffentlichkeit zu wirken, begrüßen wir
66 ausdrücklich.

67 Im Rahmen z.B. des erweiterten geschäftsführenden Kreisvorstandes wollen wir
68 zukünftig politisches Handeln und öffentlichkeitswirksame Aktionen von Partei, der
69 BVV-Fraktion und unseren Mandatsträger*innen im Berliner Abgeordnetenhaus und im

70 Deutschen Bundestag längerfristiger vorbereiten und planen sowie besser als bisher
71 aufeinander abstimmen.

72 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

73 Unsere Haltung und Arbeitsvorhaben wollen wir im öffentlichen Raum sichtbarer
74 machen und eine breitere Resonanz bei den Menschen erzielen. Hierzu hat die
75 Pankower SPD den Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit ins Leben gerufen, der Strategien
76 für eine größere Reichweite und verstärkte Präsenz in der Presse und den (sozialen)
77 Medien bzw. im Internet erarbeiten und umsetzen soll. Der AK nimmt dabei auch eigene
78 Medien der Kreis-SPD (Infoblatt, Pankower Stimme) bzw. jene ihrer Gliederungen
79 (Kiezzeitungen, Schaukästen) in den Blick. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
80

Begründung:

Erfolgt weiter mündlich.

ANT 046/03

Antrag Nr.

Kreisvorstand

07.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum:

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**SPD weiter neu aufstellen - Verankerung im Bezirk vertiefen:
Personelle und finanzielle Voraussetzungen schaffen**

1 Die Sozialdemokrat*innen in Pankow stehen vor großen Herausforderungen. Dabei geht
2 es in erster Linie darum, die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen in Pankow
3 von der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu verbessern. Dafür benötigen wir neben den
4 guten Inhalten gut ausgebaute Kommunikationswege zu den Menschen und zurück zu
5 uns. Gleichzeitig wollen wir mehr Menschen davon überzeugen, sich in der
6 Sozialdemokratischen Partei zu engagieren.

7

8 **Personell**

9

10 Sozialdemokratisches Anliegen ist nicht nur Politik für die Menschen, sondern mit den
11 Menschen Politik zu machen, d.h. gemeinsam unseren Bezirk Pankow zu gestalten.

12

13 1. Die Sozialdemokratische Partei als Teil der sozialdemokratischen Bewegung muss
14 nach Massenverankerung streben, d.h. nach Verankerung in weiten Teilen der
15 Bevölkerung Pankows. Daher wollen wir in den nächsten Jahren ein Prozent der
16 Wohnbevölkerung Pankows für die Mitgliedschaft in unserer Partei gewinnen. Unser
17 erstes Zwischenziel muss sein, Mitglieder der anderen sozialdemokratischen
18 Organisationen für die Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen
19 und natürlich umgekehrt. Denn das stärkt die Sozialdemokratie insgesamt. Wir wollen
20 die Mehrheit gewinnen, unabhängig von wo sie stammen oder welche Geschlechterrolle
21 sie einnehmen.

22

23 2. Wir wollen nicht nur aus Nicht-Mitgliedern Mitglieder der SPD machen, wir wollen aus
24 inaktiven Mitgliedern aktive Mitglieder der Sozialdemokratie machen. Wir wollen
25 gemeinsam mit den Gliederungen mehr Mitglieder für Aktionen der Partei und der
26 anderen sozialdemokratischen Organisationen gewinnen. Dazu werden wir die
27 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei vermehrt auf Veranstaltungen und Aktionen
28 der Sozialdemokratie in Pankow insgesamt hinweisen – und auf die Möglichkeiten, sich
29 in anderen sozialdemokratischen Organisationen zu engagieren. Dazu kann auch eine
30 Art Debatten-Camp auf Kreisebene beitragen. Dort kann jedenfalls die bisher nicht
31 partei-aktive Mitgliedschaft umworben werden.

32 3. Wir wollen die bisherigen ehrenamtlich tätigen Mitglieder und Funktionär*innen besser
33 wertschätzen und in ihrer unbezahlten Arbeit besser unterstützen. Auch dazu kann eine
34 Art Debatten-Camp beitragen. Wichtig ist aber vor allem, dass das Engagement als
35 praktische Teilhabe an der Partei nach innen und nach außen sichtbar ist und zukünftig
36 besser sichtbar gemacht wird. Zur besseren Wertschätzung der aktiven und inaktiven
37 Mitglieder unserer Partei gehört, dass wir sie besser kennen.

38

39 4. Die Abteilung ist die wichtigste Ebene der Mitgliederbetreuung und -gewinnung. Wir
40 wollen diese Ebene stärken. Dazu wollen wir eine wechselseitige Unterstützung der
41 Abteilungen organisieren. Wir müssen aber auch unter Berücksichtigung
42 organisationswissenschaftlicher Erkenntnisse prüfen, wie wir mehr Abteilungen gründen
43 können, d.h. uns näher an den Mitbürger*innen organisieren können. Das Teilen
44 oder Neustrukturieren von Abteilungen darf dabei kein Tabu sein. Dabei ist der Wille der
45 Abteilungen zu berücksichtigen.

46

47 **Finanziell**

48

49 Nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln können unsere Ansprüche von uns umgesetzt
50 werden. Mehr Mitglieder ermöglichen mehr Mitglieder, muss erster Kernsatz aller
51 finanziellen Betrachtungen sein.

52

53 1. Der Kreisvorstand wird beauftragt, mit den Abteilungen zu vereinbaren, wie die
54 Gewinnung neuer Mitglieder gefördert werden kann.

55

56 2. Wir wollen unsere Mitglieder, aber auch darüber hinaus, gewinnen, für konkrete
57 Kampagnen, Aktionen und Veranstaltungen zu spenden.

58

59 3. Wir werden mit den anderen Ebenen über eine neue Verteilung der Beitragsmittel
60 zugunsten der Abteilungen und des Kreises verhandeln.

61

62 4. Wir treten als Kreis und Abteilungen in einen Dialog ein, wie wir Beitragssolidarität
63 fördern können. Beitragssolidarität heißt, dass Mitglieder mit höheren Einkommen auch
64 entsprechend höhere Mitgliedsbeiträge entrichten. Maßgeblich für die Höhe der Beiträge
65 sind die einkommensabhängigen Beitragsstufen nach §1 unserer Finanzordnung. Dies
66 gilt umso mehr für Mitglieder, deren berufliche Position nicht unerheblich auch durch die
67 Parteimitgliedschaft bedingt ist.

68

69 5. Der Kreisvorstand wird beauftragt, mit den anderen sozialdemokratischen
70 Organisationen über gemeinsame Kampagnen, Aktionen und Veranstaltungen zu
71 diskutieren.

72

73 Zur praktischen Umsetzung wird der Kreisvorstand in einem ersten Schritt beauftragt,
74 die organisationspolitischen Empfehlungen der Handbücher „Ortsvereinsarbeit“ und
75 „Mitglieder werben“ auf die Erfordernisse des SPD-Kreises Pankow herunterzubrechen
76 und gemeinsam mit den Abteilungen umzusetzen.

77

Begründung:

Erfolgt weiter mündlich.

ANT 047/03

Antrag Nr.

Kreisvorstand

07.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**SPD weiter neu aufstellen – Kompetenz für zukünftige
Mandatsträger*innen erweitern**

- 1 Die SPD Pankow ermutigt Genoss*innen zu einer Kandidatur (BVV, AGH, BT) und
- 2 unterbreitet daher Angebote zur fachlichen Qualifizierung und zur persönlichen
- 3 Weiterentwicklung ihrer politischen, fachlichen und sozialen Kompetenzen.
- 4
- 5 Um unsere zukünftigen potentiellen Mandatsträger*innen (BVV, AGH, BT) im Vorfeld gut
- 6 auf das mögliche neue Amt vorzubereiten und um sie während der Legislaturperiode /
- 7 Amtszeit gut zu begleiten bzw. zu beraten, organisiert der gKV ab Sommer 2019
- 8 gemeinsam mit der BVV-Fraktion, den derzeitigen Mandatsträger*innen sowie weiteren
- 9 fachkompetenten Personen der sozialdemokratischen Familie Workshops,
- 10 Fortbildungen und Gespräche. Dabei wird auch auf Erfahrungen bestehender
- 11 Mentoring-Programme zurückgegriffen und Quotierung angestrebt. Er wird alle
- 12 Genoss*innen des Kreises dazu auffordern, sich zur Teilnahme an den Workshops zu
- 13 melden.
- 14 Der Kreisvorstand wird von der KDV beauftragt, bis Sommer 2019 Ansprüche zu
- 15 erarbeiten sowie fachliche und personelle Kompetenzen unserer zukünftigen
- 16 potentiellen Mandatsträger*innen aufzulisten. Bei der Listenaufstellung für die AGH- und
- 17 BVV-Wahlen ist auf eine große Vielfalt z.B. hinsichtlich Geschlecht, Alter, Erfahrung und
- 18 regionale Verteilung zu achten. Er erarbeitet Module bzw. ein Format für diese
- 19 vorbereitende und begleitende Unterstützung und erarbeitet ein Verfahren für eine
- 20 optionale oder/und verpflichtende Teilnahme an diesen Maßnahmen bzw. Modulen, u.a.
- 21 während des Wahlkampfes. Sofern ähnliche Formate auf Landes- und/ oder
- 22 Bundesebene existieren, sollen diese berücksichtigt werden.
- 23
- 24 Der Kreisvorstand entscheidet auf der Grundlage eines Vorschlages des gKV über den
- 25 finanziellen Rahmen.
- 26

Begründung:

Erfolgt weiter mündlich.

ANT 048/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/13 Prenzlauer Berg Nordost

09.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Trassenverlauf der Straßenbahn für den Verkehrskorridor
„Ostseestraße – Michelangelostraße – Weißenseer Weg“
ab der Michelangelostraße nicht durch die Kleingärten**

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung, des
- 2 Abgeordnetenhauses und des Senates auf, sich für eine Prüfung der Trassenführung der
- 3 Straßenbahn ab der Michelangelostraße über die Kniprodestraße und der Storkower Straße
- 4 oder bis zur Danziger Straße einzusetzen. Der Bau der Straßenbahn hat zeitgleich mit dem
- 5 Umbau der Michelangelostraße zu erfolgen. Die Trasse darf nicht erst gebaut werden, wenn die
- 6 Wohnhäuser bereits fertig gebaut sind.
- 7

Begründung:

Der Verkehrskorridor Ostseestraße – Michelangelostraße – Weißenseer Weg schafft eine Ausweichstrecke zur Langhansstraße, kann die heute von der Straßenbahnlinie M13 befahrene Tangentialverbindung beschleunigen und erschließt das geplante Wohnungsbauprojekt Michelangelostraße mit bis zu 1.200 Wohneinheiten.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit dem geplanten Wohnungsbauprojekt Michelangelostraße, auch eine Anbindung an den ÖPNV mittels der Straßenbahn geplant ist. Nach bisherigem Stand führt die Strecke von der Kreuzung Prenzlauer Allee/Ostseestraße geradewegs durch die Ostseestraße und die Michelangelostraße. Die Trasse erhält einen eigenen Gleiskörper, was eine hohe Reisegeschwindigkeit und attraktive Stadtraumgestaltung ermöglicht. In Verlängerung der Michelangelostraße führt die Trasse ab der Kniprodestraße straßenunabhängig geradeaus, durch die Kleingartenanlagen Am Prenzlauer Berg, Neues Heim und Grönland, um an der Kreuzung Hohenschönhauser Straße/Weißenseer Weg wieder auf die Bestandsstrecken zu stoßen.

Einen Trassenverlauf durch die Kleingartenanlagen lehnen wir ab. Alternativ könnte die Straßenbahn über die Kniprodestr und Storkower Straße geführt werden und sich in der Landsberger Allee im bestehenden Liniennetz einfädeln. Optional ist ebenso eine Linienführung über die Kniprodestraße und Einfädeldung auf der Danziger Straße in das bestehende Liniennetz möglich. Insbesondere ein Trassenverlauf entlang der Kniprodestraße, Storkower Straße hat den Vorteil, das neue und bestehende Wohnquartier an der Michelangelostraße, als auch öffentliche Einrichtungen wie z.B. Arbeitsamt, Finanzamt, Jobcenter, Polizei, Sparda Bank, Volkssolidarität sowie das Einkaufszentrum entlang der Storkower Straße deutlich besser an den Nahverkehr anzuschließen. Bisher verkehrt in der Storkower Straße nur die Buslinie 156 im 20min Takt. Die politischen Partner auf der Bezirks- und Landesebene haben sich darauf verständigt, die bestehenden Kleingartenanlagen dauerhaft und planungsrechtlich zu sichern und für ihren Erhalt einzustehen. Die BVV-Fraktion der SPD Pankow hat im Mai 2018 einen

Antrag eingereicht, der die Kleingärten in Pankow erhalten soll. Wir möchten dieses wichtige Anliegen mit unserem Antrag unterstützen

ANT 050/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/15 Kollwitzplatz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Keine Immobilienkäufe per Barzahlung

- 1 Die SPD fordert ihre Vertreter*innen in der Bundes- und in Landesregierungen sowie
- 2 ihre Mandatsträger*innen in Bundes- und Länderparlamenten auf, sich für die
- 3 Abschaffung von Immobilienkäufen mittels Barzahlung einzusetzen.
- 4

Begründung:

Ein Immobilienkauf mit Bargeld ist in der üblichen Größenordnung nicht schutzwürdig und für redliche Käufer*innen sind Überweisungen zumutbar und machbar. Die Umstellung von Barzahlung auf Überweisungen erhöht die Transparenz der Kaufabwicklung und damit auch die staatliche Kontrollierbarkeit. Sie unterstützt die Kriminalitätsprävention, insbesondere den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, und trägt indirekt zum Mieterschutz bei Wohnimmobilien bei.

Das Bundeskriminalamt schätzte in 2018, dass rund zehn Prozent der jährlich auf dem deutschen Immobilienmarkt umgesetzten 250 Milliarden Euro zu Geldwäschezwecken eingesetzt wurden. Die Immobilienbranche kennzeichnete auch für die Bundesregierung ein „herausgehobenes Risiko“ für Geldwäsche, wie Ermittlungen zu kriminellen Immobilienerwerb durch Clans in Berlin unlängst wieder bewiesen hat. Das oft genug aus Raub, Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel stammende Bargeld trägt bei Immobilienkäufen nicht nur zur Verschleierung der Herkunft bei, sondern auch zur Preisspirale nach oben.

Zur Geldwäsche werden auch überhöhte Preise für Immobilien in Kauf genommen. Damit wächst für die Erwerber*innen der Anreiz, die so erworbenen Immobilien zu Lasten der Mieter*innen auszunutzen. Die Bargeldzahlung ist auch für die wenigen Geldwäschebeauftragten der Branche ein wichtiges Indiz für Schwarzgeld. Nach dem Geldwäschegesetz sind Banker*innen, Steuerberater*innen, Rechtsanwält*innen, Notar*innen wie auch Immobilienmakler*innen dazu verpflichtet Verdachtsfälle zu melden. Nach einer BKA-Studie läuft diese mit nur drei Prozent von jenen Berufsgruppen angezeigten Verdachtsfällen jedoch ins Leere. Da jene Berufsgruppen wirtschaftlich von den Immobilienkäufen profitieren, dürfte die Motivation zur Verdachtsmeldung auch künftig gering bleiben. Deshalb bedarf es einer Überweisungsverpflichtung bei Immobilienkäufen, um die Herkunft des Geldes transparenter zu machen.

ANT 052/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/15 Kollwitzplatz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Flächendeckendes bargeldloses Bezahlen in Berlin ermöglichen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats
- 2 werden aufgefordert, sich für die Einführung flächendeckender bargeldloser
- 3 Bezahlungsmöglichkeiten als ergänzendes Angebot in Berlin einzusetzen. Dies sollte das
- 4 Bezahlen von Kleinstbeträgen beinhalten. Die Einführung soll sukzessive geschehen
- 5 und branchenspezifische Besonderheiten berücksichtigen.
- 6

Begründung:

Anders als in vielen anderen Ländern der EU (insbesondere in skandinavischen Ländern) ist das bargeldlose Bezahlen in Deutschland nach wie vor nicht flächendeckend möglich. Während bargeldloses Bezahlen in Supermärkten und anderen Handelsketten inzwischen eine Selbstverständlichkeit darstellt, gilt in den meisten kleinen Läden, Kneipen und Cafés: Cash only!

Dies soll selbstverständlich nicht den Anfang vom Ende des Bargelds einläuten, sondern lediglich eine Anpassung an die Lebensrealität von Verbraucher*innen darstellen, die frei über die Bezahlweise entscheiden können sollten. Ausnahmen (z.B. für Verkäufer*innen auf Flohmärkten) sollen berücksichtigt werden. Auch ist es ausreichend *eine* Art der elektronischen Bezahlung zu ermöglichen.

Folgende Argumente sprechen für die Möglichkeit flächendeckend bargeldlos bezahlen zu können:

1. Bequemlichkeit: Während es 2007 noch 42.100 Bankfilialen in Deutschland gab, waren im Jahr 2016 nur noch 33.914 (*Quelle*: Deutsche Bundesbank). Mit den Filialen sterben auch die Bankautomaten. Das Abheben von Bargeld wird dementsprechend zunehmend zu einer Herausforderung. Wer schon einmal nachts versucht hat in einem unbekanntem Stadtteil Geld abzuheben, weiß wie beschwerlich dies sein kann. Oft ist eine Abhebung lediglich bei einem Bankautomaten eines Kreditinstituts möglich, dessen Kunde man nicht ist, und das dementsprechend unverhältnismäßig hohe Gebühren verlangt.

Zwar könnte man argumentieren, dass der Markt selbst ein Interesse an der Bereitstellung bargeldloser Bezahlungsmöglichkeit für Kund*innen hat, doch scheinen insbesondere die Möglichkeiten der Steuervermeidung (siehe Punkt 3), die Marktkräfte auszuhebeln. Dort wo Preise per Verordnung durch den Staat festgesetzt werden, müssen die Kosten des bargeldlosen Bezahls eingepreist werden.

2. Partizipation: Insbesondere für ältere und gebrechliche Mitbürger*innen stellt das Bankensterben ein großes Problem dar, sind sie doch auf eine wohnortsnahe Versorgung mit Bargeld angewiesen. Die Möglichkeit beim Bäcker um die Ecke auch ohne Bargeld zahlen zu können, bedeutet für ältere Mitbürger*innen somit einen wahren Zugewinn an Lebensqualität. Zwar bevorzugen momentan ältere Mitbürger*innen noch die Barzahlung, doch dürfte sich dieser Trend in den nächsten Jahren ändern, wenn Menschen, die an elektronisches Bezahlen gewöhnt sind, alt werden.

3. Beitrag zu mehr Steuerehrlichkeit: In Deutschland existieren nach wie vor Kassen, aus denen sich Zwischenbeträge löschen und somit Umsätze für das Finanzamt verschwinden lassen. Erhalten Kund*innen einen Beleg, so handelt es sich in diesen Fällen nicht um eine wahre Rechnung, sondern um eine Zwischensumme. Diese Art „kreativer“ Buchführung ist jedoch lediglich bei der Bezahlung mit Bargeld möglich. Je mehr Kund*innen elektronisch zahlen, desto größer wird die Steuerehrlichkeit.

Mögliche Gegenargumente:

1. Vermeidung des Aussterbens von kleinen Läden, Kneipen und Cafés: Insbesondere bezogen auf Punkt 3 muss klar sein, dass viele Gastronom*innen und Ladeninhaber*innen nicht aus Habgier den Fiskus hintergehen, sondern da ihnen aufgrund gestiegener Kosten (insbesondere der Mietpreise) kaum eine andere Wahl bleibt. Doch darf die praktizierte Steuerhinterziehung nicht durch den Verweis auf hohe Nebenkosten legitimiert werden. Vielmehr ermöglicht eine gesteigerte Steuerehrlichkeit den Blick auf die wahren Herausforderungen von Einzelhändler*innen und Gastronom*innen.

2. Gesteigerte Kosten für den Einzelhandel: Durch die Bereitstellung von Bezahlterminals entstehen zusätzlichen Kosten für Einzelhändler*innen und Gastronom*innen. Die entstehenden Kosten sind jedoch überschaubar (0,03 Euro pro 100 Euro Umsatz) und sollten dementsprechend nicht existenzgefährdend sein.

ANT 053/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/15 Kollwitzplatz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Bibliotheksgesetz für das Land Berlin

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden
2 aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa sowie der Senatsverwaltung
3 für Finanzen dafür einzusetzen, dass innerhalb der Wahlperiode 2016-2021 ein
4 Bibliotheksgesetz für das Land Berlin erarbeitet wird. In dem Gesetzentwurf
5
6 • sind Bibliotheken als Orte der Bildung, der Begegnung und des Austausches zu
7 definieren und zu entwickeln. Dazu sind Standards für Aufgaben und Leistungen
8 festzulegen sowie innovative Nutzungskonzepte für neue Formen der Begegnung und
9 Kooperationen zu ermöglichen bzw. zu optimieren, u.a. Kooperationen mit
10 Volkshochschule, Musikschule, Schulen, Kitas und Akteuren der Gesellschaft,
11
12 • ist die Unterhaltung von öffentlichen Bibliotheken als kommunale Pflichtaufgabe zu
13 definieren und damit qua Gesetz eine verbindliche und nachhaltige Regelung der
14 Finanzierung herbeizuführen,
15
16 • ist eine fachgerechte und ausreichende Personalausstattung der Bibliotheken
17 festzuschreiben,
18
19 • ist die Implementierung neuer Technologien und Programme abzusichern,
20
21 • sind Mindeststandards basierend auf dem neuen SIKO-Indikator (Beschluss vom
22 27.01.2017) zu formulieren, der in Anlehnung an einen empfohlenen Medienbedarf von
23 2,5 Medieneinheiten je Einwohner einen maximalen Flächenbedarf von 750 qm je 10.000
24 Einwohnern festlegt,
25
26 • ist festzuschreiben, dass die Medienausstattung der öffentlichen Bibliotheken
27 schrittweise an die empfohlene Zielgröße angepasst wird,
28
29 • ist eine nutzer*innenfreundliche Mindestwochenöffnungszeit der öffentlichen Bibliotheken
30 festzulegen,
31

- 32 • sind die Parameter der Kostenleistungsrechnung an das aktuelle Bibliotheksleben
33 anzupassen,
34
- 35 • ist die Entgeltfreiheit für die Benutzung der Dienste öffentlicher Bibliotheken bis zur
36 Vollendung des 19. Lebensjahres festzulegen,
37
- 38 • ist die Schaffung einer Stelle zur ressortübergreifenden Planungskoordination mit Fokus
39 auf kultureller Bildung in den Bezirken im Amt für Kultur und Weiterbildung
40 herbeizuführen,
41
- 42 • ist die Entwicklung und Festschreibung von Bibliotheksentwicklungsplänen festzulegen,
43
- 44 • Der Anteil an digitalen Angeboten ist weiter auszubauen.
45

Begründung:

Öffentliche Bibliotheken sind als Bildungs- und Kultureinrichtungen mit ihrem niedrighschwelligem Zugang und den breiten, auf alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten zugeschnittenen Angeboten für das lebenslange Lernen und die Bildungsteilhabe der Gesellschaft sowie als Orte der Begegnung und des Austausches in den Kiezen unverzichtbar. Bislang zählen der Betrieb und die Ausstattung der öffentlichen Bibliotheken in Berlin zu den freiwilligen Aufgaben der Bezirke. Damit sind die öffentlichen Bibliotheken in ihrer personellen und finanziellen Ausstattung nicht abgesichert. Auch fehlt es bislang an einheitlichen Standards in der Grundausstattung mit Personal- und Sachmitteln sowie an verbindlichen Regelungen zur Qualität von Angebot und Leistung. Aufgrund von Sparzwängen mussten Bezirke in den letzten 10 Jahren zahlreiche Bibliotheksstandorte schließen und Personal abbauen. Diese Entwicklungen stehen den aktuellen Herausforderungen einer wachsenden Stadt und sich wandelnden Berliner Bevölkerung sowie den Bedarfen einer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft entgegen. Ein Bibliotheksgesetz mit verbindlichen Regeln zu Funktionen, Ausstattung und Finanzierung ist die Grundlage für die Sicherung und Fortentwicklung der Berliner Bibliothekslandschaft. Bisher haben die Bundesländer Thüringen (2008), Sachsen-Anhalt (2010), Hessen (2010/2016), Rheinland-Pfalz (2014) und Schleswig-Holstein (2016) Bibliotheksgesetze erlassen.

ANT 054/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/15 Kollwitzplatz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

„Gute Arbeit“ für Volkshochschuldozent*innen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden
- 2 aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie der
- 3 Senatsverwaltung für Finanzen für eine Verbesserung der Situation des Lehrpersonals an
- 4 Volkshochschulen einzusetzen. Zu den konkreten Maßnahmen zählen:
 - 5 • Die schrittweise Festanstellung von mindestens 20% der „arbeitnehmerähnlichen“
 - 6 Volkshochschuldozent*innen als Weiterbildungslehrkräfte mit Daueraufgaben wie
 - 7 Kursen in der Grundbildung, Sprach- und Integrationskursen, Kursen in der
 - 8 beruflichen Bildung (Arbeit 4.0), in der politischen Bildung oder in der
 - 9 Weiterbildungsberatung.
 - 10 • Die Ersetzung der „flexiblen Honorarbandbreiten“ für den VHS-Bereich durch eine
 - 11 vereinfachte, transparente und kontinuierlich angepasste Honorarordnung für
 - 12 Lehr- und Weiterbildungsberatungskräfte. Anzustreben ist die einheitliche
 - 13 Mindestvergütung einer geleisteten Unterrichtsstunde (einschließlich der Vor- und
 - 14 Nachbereitung) mit 35 Euro für alle Volkshochschuldozent*innen.
 - 15 • Die Zahlung von Kranken- und Sozialversicherungszuschüssen, Urlaubs- und
 - 16 Krankengeld für maximal sechs Wochen sowie das Recht auf jährliche
 - 17 Bildungsfreistellung werden „arbeitnehmerähnlichen“
 - 18 Volkshochschuldozent*innen weiterhin zugesichert. Zudem sind die
 - 19 Verpflichtungen gegenüber den „arbeitnehmerähnlichen“ Lehrkräften in folgenden
 - 20 Bereichen zu aktualisieren: Mutterschutz, Elternzeit, Recht auf Rückkehr an
 - 21 vergleichbaren Arbeitsplatz, Wegfall der drei unbezahlten Karenztage bei
 - 22 Krankheit mit vollständiger Honorarfortzahlung ab dem ersten Krankheitstag,
 - 23 Übernahme von Fortbildungskosten, Zahlung einer Mobilitätspauschale
 - 24 (Jobtickets).
 - 25 • Die vollständige Finanzierung der an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst
 - 26 angepassten jährlichen Honorarerhöhungen für Volkshochschuldozent*innen
 - 27 durch das Land Berlin.
 - 28

Begründung:

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Lehrpersonals an Volkshochschulen entsprechen dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel, den öffentlichen Dienst zum Vorbild für gute Arbeit zu machen. Demnach wird die Regierungskoalition die Entlohnung für Lehrkräfte an Volkshochschulen und Musikschulen erhöhen und bei dauerhaftem Tätigkeitsbedarf Honorarverträge in Arbeitsverträge umwandeln. Im Doppelhaushalt 2018/2019 wurden die finanziellen Mittel zur Erhöhung der Honorare für Lehrkräfte an Volkshochschulen (in zwei Schritten auf 35 Euro je geleisteter Unterrichtsstunde) bereitgestellt. Für Musikschullehrer*innen wurde eine schrittweise Festanstellung von mindestens 20% aller Musikschullehrer*innen bis 2021 bereits von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und der Senatsverwaltung für Finanzen abgesichert. Von der Zielvorgabe sollen Volkshochschuldozent*innen zur Absicherung der Daueraufgaben der Volkshochschulen nicht ausgeschlossen werden.

Die jährlichen Honorarerhöhungen dürfen künftig nicht mehr über eine Erhöhung der Kursentgelte gegenfinanziert werden, da die Honorarkostendeckung (105% in 2016) durch Entgelte zu einem jährlich fortschreitenden Rückgang von ermäßigungsberechtigten Kursteilnehmer*innen geführt hat. Die Honorarerhöhungen müssen vollständig vom Land Berlin getragen werden. So soll sichergestellt werden, dass Volkshochschulkurse auch für Bevölkerungsschichten mit geringen oder keinem Einkommen buchbar und bezahlbar sind.

ANT 055/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/15 Kollwitzplatz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mitbestimmung stärken an Berliner Volkshochschulen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats sowie des Berliner
- 2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass an allen
- 3 bezirklichen Volkshochschulen Interessenvertretungen für Dozent*innen (wieder)
- 4 eingerichtet werden.

Begründung:

Nach dem Beispiel der Dozent*innen-Vertretungen an den Volkshochschulen in den Bezirken Reinickendorf, Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte soll an allen Berliner Volkshochschulen eine Vertretung für Dozent*innen (wieder) eingerichtet werden, um die Mitbestimmungsrechte von Volkshochschuldozent*innen zu stärken. Die Dozent*innen-Vertretungen sind selbstorganisierte Institutionen, die sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit von Volkshochschullehrkräften einsetzen.

Idealerweise wählen die Vertretungen der bezirklichen Lehrkräfte einmal im Jahr eine Gesamt-Berliner Vertretung, welche als Interessenvertreterin der Lehrenden an Berliner Volkshochschulen Gespräche mit dem Berliner Senat und den Parteien im Abgeordnetenhaus von Berlin führt.

Bereits in den 1920er Jahren waren demokratisch verfasste Volkshochschulen keine Seltenheit. In West-Berlin wurden sie nach dem 2. Weltkrieg im Kontext des Programms „Reeducation for democracy“ von der Senatsbildungsverwaltung wieder systematisch ausgebaut. Aufgrund der hohen Belastungen der Volkshochschulen durch den kontinuierlichen Personalabbau in der Konsolidierungsphase wurde dieses demokratische Strukturelement immer mehr vernachlässigt und vergessen. Im Hinblick darauf, dass der für 2019 geplante fünfte UNESCO-Weltbericht der Erwachsenenbildung den Schwerpunkt auf die Partizipation legt, sollte nicht zuletzt als Anlass verstanden werden die Mitbestimmung von Lehrenden an allen Berliner Volkshochschulen zu institutionalisieren.

ANT 056/03

Antrag Nr.

AsF Pankow

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Die Hälfte des Himmels – Parität jetzt! Für die gleichberechtigte
Partizipation von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben**

- 1 Das Land Berlin muss sich an die Spitze der Bewegung zur Einführung der Parität in
- 2 Deutschland setzen. Berlin soll Vorreiter*in auf dem Weg zur gleichberechtigten
- 3 Teilhabe von Männern und Frauen sein und ein Paritätsgesetz erlassen. Wir fordern: Die
- 4 Hälfte des Himmels – Parität jetzt!
- 5
- 6 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus, die
- 7 sozialdemokratischen Mitglieder der Berliner Landesregierung und die SPD-Berlin auf,
- 8 sich weiterhin für die Einführung eines Paritätsgesetzes für das Land Berlin einzusetzen.
- 9
- 10 Ein Paritätsgesetz soll für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und für die
- 11 Wahlen zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen erlassen werden. Der
- 12 Gesetzgebungsprozess soll im Sommer 2020 abgeschlossen sein, damit das Gesetz bei
- 13 den nächsten Wahlen - turnusgemäß 2021 - gelten kann.

Begründung:

Seit den Wahlen im Jahr 2016 ist der Frauenanteil im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen zurückgegangen. In Abgeordnetenhaus sind nur 53 von 160 Abgeordneten Frauen, mit 33,1 Prozent nicht einmal jede Dritte. Die FDP hat einen Frauenanteil von 17 Prozent im Abgeordnetenhaus, die AfD nur von 13 Prozent. In Friedrichshain-Kreuzberg ist DIE PARTEI lediglich mit Männern vertreten, der Frauenanteil beträgt null Prozent. Angesichts dieser Zahlen ist für klar: Frauen werden in der Politik, in der parlamentarischen Teilhabe strukturell benachteiligt.

Im Juni 2017 hatte der Landesparteitag der SPD-Berlin bereits einen Antrag „Deutschland braucht ein Paritätsgesetz“ (146/I/2018) verabschiedet, mit dem die Einführung der Parität auf Bundesebene gefordert wurde.

Am 8. März 2017 verabschiedete das Abgeordnetenhaus von Berlin einen Antrag „Internationaler Frauentag: Macht, Arbeit, Einkommen – für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben“ (18/0868), der die klare Willensbildung zum Ausdruck bringt, ein Paritätsgesetz auf den Weg zu bringen.

Der Antrag forderte, die paritätische Beteiligung von Frauen an politischer Willensbildung in Parlamenten, Ämtern und Gremien zu erhöhen. Als Lösung wurde ein Paritätsgesetz für das Land Berlin in Aussicht gestellt.

Das in Auftrag gegebene Gutachten vom wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses gelangte jedoch zu der Auffassung, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen nicht ausreicht, um eine Gesetzesänderung zu veranlassen. Danach gelangte das weitere Verfahren ins Stocken.

Wir sind der Auffassung, dass es sich beim Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes lediglich um eine juristische Meinung handelt, die durch ein weiteres Gutachten, dass die strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Politik nachweist, ad acta gelegt werden kann. Denn wir sind der Auffassung, dass der Artikel 3 Abs. 2 GG nicht nur eine verfassungsrechtliche Grundlage für ein Paritätsgesetz darstellt, sondern auch einen verfassungsrechtlichen Auftrag darstellt, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in unseren Parlamenten sicher zu stellen. Wenn wir den Auftrag aus Artikel 3 Abs. 2 GG ernst nehmen, darf unser Wahlrecht nicht so bleiben wie es ist. Eine faire, demokratische Teilhabe und Chancengleichheit für Frauen ist verfassungsrechtlich vorgeschrieben und kein Luxus.

Bislang hat lediglich das Land Baden-Württemberg eine weiche Soll-Vorschrift zur Parität. Das Land Brandenburg bringt gerade einen Gesetzentwurf mit einer harten Muss-Vorschrift auf den Weg.

ANT 057/03

Antrag Nr.

AsF Pankow

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Mehrwertsteuer senken – Diskriminierung beenden!

- 1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger*innen im Bundestag und ihre Vertreter*innen in der
- 2 Bundesregierung auf, eine Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygieneartikel,
- 3 Windeln und Inkontinenzmaterialien auf maximal 7 Prozent durchzusetzen und eine
- 4 tatsächliche Entlastung der unteren Einkommen herbeizuführen. Die Unternehmen
- 5 werden aufgefordert, die Mehrwertsteuerersparnis an die Konsument*innen
- 6 weiterzugeben.

Begründung:

In Deutschland gibt es zwei unterschiedliche Mehrwertsteuersätze: Den generellen Satz von 19 Prozent und den ermäßigten von 7 Prozent. Der ermäßigte Steuersatz gilt für Grundnahrungsmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs. Unter „täglichem Bedarf“ werden hierbei neben beispielsweise Brot und Wasser auch Güter wie Lachskaviar, Schnittblumen, Sammelmünzen und dekorative Bildwerke verstanden. Der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent wurde im Jahr 1983 beschlossen, um durch eine Senkung der Steuerlast für Gegenstände des alltäglichen Bedarfs eine Entlastung der unteren Einkommen herzustellen.

Damenhygieneartikel, also Tampons, Binden und Menstruationstassen, fallen nach dieser Einteilung unter die Kategorie „Luxusartikel“, da sie mit 19 Prozent besteuert werden.

Bei einer derartigen Definition von „Gegenständen des täglichen Bedarfs“, ist die Wirkung des ermäßigten Steuersatzes nicht gewährleistet.

Ein teilweiser Erlass der Mehrwertsteuer auf Damen Hygieneartikel für die körperlich bedingte Monatsblutung würde jeder (zukünftig) menstruierenden Frau in Deutschland einen Mehrwert bringen. In ihrem ganzen Leben verwendet Frau zwischen 10.000 und 17.000 Tampons. Dies entspricht einem monetären Wert von etwa 1.200 bis 5.000 Euro.

Die hohe Besteuerung von Tampons und Binden stellt zudem eine fiskalische Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts dar, die gegen Art. 3 des Grundgesetzes verstößt.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 23.02. 2019

WP 2018 bis 2020

ANT 058/03

Antrag Nr.

Abteilung 03/02 Französisch Buchholz

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Querverbindungen des ÖPNV zwischen den Ortsteilen und Kiezen verbessern

- 1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich im Rahmen der Weiterentwicklung
- 2 des ÖPNV für folgende Punkte ein, um die öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die
- 3 Berliner*innen zu verbessern:
- 4
- 5 • Die Berliner*innen müssen mit dem ÖPNV Ziele in andere Ortsteile zeitnah und
- 6 komfortabel erreichen können. Dazu sind die Querverbindungen zwischen den Ortsteilen
- 7 und Kiezen auszubauen (bspw. durch kürzere Taktzeiten, veränderte Linienverläufe,
- 8 neue Linien)
- 9
- 10 • Die Belange der unterschiedlichen Nutzergruppen, wie Erwerbstätige oder schulpflichtige
- 11 Kinder und Jugendliche und Senior*innen, sind bei Fahrplanänderungen einzubeziehen.
- 12 Dazu müssen Kenntnisse über Orte, die sie häufig aufsuchen, bekannt sein
- 13
- 14 • Optimierung vorhandener Linien.
- 15
- 16 Einführung weiterer X-Busverbindungen zwischen den Ortsteilen am Stadtrand (bspw.
- 17 Wilhelmsruh <-> Rosenthal <-> Niederschönhausen <-> Franz. Buchholz <-> Blankenburg <->
- 18 Karow <-> Buch)

Begründung:

Berlin ist eine anhaltend wachsende Stadt, die auch in den kommenden Jahren einen enormen Wachstumsschub stemmen muss. Die Berliner SPD will dieses Wachstum gestalten und dafür Sorge tragen, dass die unterschiedlichen Interessen der Berlinerinnen und Berliner gleichmäßig und mit Sorgfalt austariert werden.

In den Randbezirken Berlins funktioniert der ÖPNV in Richtung Innenstadt und zurück zwar weitgehend gut, aber das ÖPNV-Angebot zwischen den Ortsteilen und Kiezen in den Bezirken selbst ist vergleichsweise schlecht. So ist bspw. für Schulkinder, die weiterführende Schulen in anderen Ortsteilen besuchen, insbesondere das Busangebot völlig unzureichend. Fahrtwege sind zu lang und Frequenzen zu gering.

ANT 059/03 - Initiativantrag

Antrag Nr.

Abteilung 03/11 Mauerpark

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ladenöffnungsgesetz anpassen - „Späti“-Kultur retten!

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des
2 Senats auf, das Ladenöffnungsgesetz des Landes Berlin zu öffnen und damit die
3 Möglichkeit zu schaffen, inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften („Spätis“) an Sonn-
4 und Feiertagen den Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs wie Tabakwaren,
5 Getränken und Lebensmitteln zu ermöglichen.
6
7 Gleichzeitig sollen die Bezirksverordneten der SPD in Pankow darauf hinwirken, dass
8 den Betreiber*innen dieser Geschäfte seitens des Bezirks, hier dem Amt für
9 Wirtschaftsförderung, ein Beratungsangebot unterbreitet wird, wie die Öffnung und der
10 Verkauf rechtssicher und sanktionsfrei gewährleistet werden kann.
11
12 Dabei ist folgendes zu gewährleisten:
13 - die Öffnung des Geschäfts und der Verkauf darf nur durch die Inhaber*innen erfolgen,
14 ein Weisungs- oder Direktionsrecht von Arbeitgeber*innen gegenüber Beschäftigten
15 darf nicht ausgeübt werden
16 - es dürfen nur Waren des täglichen Bedarfs wie Zeitungen und Zeitschriften, Getränke
17 und Tabakwaren zum sofortigen Konsum verkauft werden, haltbare Lebensmittel und
18 Non-Food-Artikel sind nicht gestattet

Begründung:

Das Ladenöffnungsgesetz des Landes Berlin schützt Arbeitnehmer*innen vor Sonn- und Feiertagsarbeit - das ist eine sozialdemokratische Errungenschaft und wird von uns nicht in Frage gestellt. Gleichzeitig hat sich aber in Berlin eine Spätkaufkultur etabliert, die die Anwohner*innen in den Kiezen und die Gäste unserer Stadt schätzen und die ein Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt ist. Es gilt hier, einen angemessenen Ausgleich zwischen Kiezkultur, den Bedürfnissen von Kund*innen und denen von Betreiber*innen von „Spätis“ zu finden: letztere erwirtschaften 40-50% ihres Umsatzes an Sonn- und Feiertagen. Solange hier sichergestellt ist, dass keine Beschäftigten sonn- und feiertags arbeiten müssen und die Entscheidung zur Öffnung und der Verkauf allein bei den Besitzer*innen liegt, ermöglichen wir

diesen, in freier Entscheidung sonn- und feiertags ihre Läden zu öffnen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass etwa in der Gastronomie an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden darf und die verkaufsoffenen Sonntage in Berlin etwa zur Grünen Woche weder den Schutz von Beschäftigten garantieren noch eine Gleichbehandlung großer Konzerne mit dem inhabergeführten Einzelhandel wollen, ist eine Änderung dieses Gesetzes gerecht und angebracht.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir ausdrücklich die Öffentlichkeitsarbeit des zuständigen Stadtrats in Pankow, der für die AfD im Bezirksamt die Abteilung für öffentliche Ordnung leitet: es ist für uns schwer erträglich, dass die Kontroll- und Aufsichtsfunktion, die das Ordnungsamt nach

Bürgerhinweisen wahrzunehmen hat, von einer demonstrativen Pressekampagne des, für die AfD zuständigen Bezirksamtsmitglieds, gegen in erster Linie von Migrant*innen betriebene Geschäfte begleitet wird.

Kreisdelegiertenversammlung Pankow
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung
03. KDV am 23.02. 2019

WP 2018 bis 2020

ANT 060/03 - Initiativantrag

Antrag Nr.

Tino Schopf (Abteilung 13)

12.01.2019

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kampagne starten zum Schutz des Taxiwesens als Teil des ÖPNV

- 1 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, eine Kampagne gegen die vom CSU-
- 2 Bundesverkehrsministerium geplante Deregulierung des Personenbeförderungsgesetzes zu
- 3 starten und hierzu einen Kampagnentext bis zur Landesvorstandssitzung am 13.04.2019
- 4 vorzulegen. Die Kampagne soll zum 1. Mai 2019 im Land Berlin starten. Der Landesvorstand
- 5 wird aufgefordert, im Rahmen der Kampagne eine Kooperation mit dem Berliner Taxiwesen
- 6 diesbezüglich einzugehen und eine Unterschriftensammlung zu starten.
- 7 Ziel der Kampagne ist es, das Taxiwesen als Teil der Daseinsvorsorge vor Verzerrungen des
- 8 Wettbewerbs als Folge der geplanten Deregulierung zu schützen. Denn bei Marktanbietern ohne
- 9 Tarifpflicht werden im Gegensatz zum Taxiverkehr soziale Aspekte völlig ausgeblendet. Eine
- 10 Aufhebung der Tarifpflicht würde zulasten der sozial und wirtschaftlich Schwächeren gehen
- 11 sowie zulasten des Angebots in der Fläche. Der Taxiverkehr bildet mit seiner Tarif-,
- 12 Beförderungs- und Betriebspflicht eine wichtige Säule des öffentlichen Personennahverkehrs.

Begründung:

erfolgt mündlich